

Tut Deutschland genug für die Entwicklungs- zusammenarbeit und Humanitäre Hilfe? Anspruch und Wirklichkeit der Official Development Assistance (ODA)

2019



September 2019

Inhalt

Zusammenfassung –	1
Einleitung –	2
Entwicklung der deutschen ODA –	4
Zukunft der deutschen ODA –	9
Abkürzungsverzeichnis –	13
VENRO-Mitglieder –	14
Impressum –	15

Zusammenfassung

Seit fast 50 Jahren haben sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UN) das Ziel gesetzt, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe (Official Development Assistance, ODA) aufzubringen. Die UN-Mitgliedstaaten bestätigten die Zielmarke im Jahr 2015 im Rahmen der »Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung«. Die deutsche Bundesregierung bekennt sich auch im aktuellen Koalitionsvertrag dazu.

Deutschland blieb in der Vergangenheit jedoch hinter dem »0,7-Prozent-Ziel« zurück. Lediglich 2016 wurde das Ziel erst- und einmalig erreicht. Seitdem sinkt die ODA-Quote wieder. Ein gemeinsamer Kraftakt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der Fraktionsvorsitzenden und der Mitglieder des Haushaltsausschusses verhinderte 2018 in der letzten Phase der Haushaltsverhandlungen immerhin ein Absinken des für die ODA-Quote so relevanten BMZ-Etats. Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2020 und der Finanzplan bis 2023 sehen jedoch keine Entwicklung in Richtung 0,7-Prozent-Ziel vor. Die ODA-Quote wird ohne ein deutliches Gegensteuern in den kommenden Jahren weiter absinken.

Zentrale Ergebnisse dieser Analyse sind:

- Mit Ausnahme von 2016 verfehlte Deutschland jedes Jahr das 0,7-Prozent-Ziel und scheiterte auch mit dem Bestreben, 0,15 bis 0,2 Prozent des BNE für die Zusammenarbeit mit den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries, LDC) zur Verfügung zu stellen.
- Trotz gegenteiliger Vereinbarung im Koalitionsvertrag sinken die deutschen ODA-Ausgaben voraussichtlich bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2021 weiter. Die ODA-Quote fällt voraussichtlich auf 0,58 Prozent (bzw. 0,48 Prozent ohne Ausgaben für Geflüchtete im Inland).
- In den Jahren 2020 und 2021 fehlen laut der mittelfristigen Finanzplanung insgesamt 5,7 Milliarden Euro, um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen. Ohne die Ausgaben für Geflüchtete im Inland sind es 12,6 Milliarden Euro. Im Jahr 2020 müsste Deutschland zusätzlich zu den geplanten Ausgaben mehr als 1,3 Milliarden Euro aufwenden, im Jahr 2021 würde die ODA-Lücke sogar 4,4 Milliarden Euro betragen.
- Die ODA-Ausgaben für Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) stiegen in den letzten Jahren überproportional stark an. Mit dem »Marshallplan mit Afrika« (2017), den Investitionspartnerschaften (»Compact with Africa«) und dem Entwicklungsinvestitionsfonds plant die Bundesregierung auch zukünftig, privatwirtschaftliche Investitionen in afrikanischen Ländern verstärkt zu fördern. In den nächsten Jahren ist deshalb eine weitere Zunahme der ODA-Ausgaben für Öffentlich-Private Partnerschaften zu erwarten.
- Die absoluten ODA-Ausgaben zur Förderung von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und der Zivilgesellschaft stiegen bis 2017 analog zu den Ausgaben im Haushalt kontinuierlich an. Ihr Anteil, gemessen an den gesamten ODA-Ausgaben, hat sich jedoch nur geringfügig verändert. Bei der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit bleibt Deutschland weit von der 3-Prozent-Zielmarke entfernt.
- Der Anteil an den gesamten ODA-Ausgaben für Vorhaben, die Geschlechtergerechtigkeit fördern, sank von 2015 bis 2017 kontinuierlich ab.

Einleitung

0,7 Prozent – diesen Anteil vom Bruttonationaleinkommen (BNE) wollen die Mitgliedstaaten des OECD-Entwicklungsausschusses (Development Assistance Committee, DAC) für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe (Official Development Assistance, ODA) bereitstellen. Dieses Ziel formulierte die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) 1970 in der Resolution »International Development Strategy for the Second United Nations Development Decade«.¹

Dieses Ziel wurde seitdem in zahlreichen internationalen Foren und auf nationaler Ebene immer wieder bekräftigt. Die EU und damit auch Deutschland verpflichteten sich 2005, das 0,7-Prozent-Ziel bis 2015 zu erreichen. Die UN-Mitgliedstaaten bestätigten die Zielmarke 2015 erneut in ihrer Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG). Auch im aktuellen Koalitionsvertrag wiederholte die Bundesregierung das Vorhaben und bekräftigte: »Die Erreichung der ODA-Quote von 0,7 Prozent ist unser Ziel«.²

Die Kriterien des OECD-DAC legen fest, welche Aktivitäten als Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe gelten und somit als ODA zählen. Unter anderem sind öffentliche Leistungen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Ländern aus dem globalen Süden ODA-anrechenbar, aber auch ausgewählte Ausgaben für Geflüchtete im Inland. Ob ein Mitgliedstaat alle anre-

chenbaren Ausgaben an die OECD meldet, liegt jedoch in seinem eigenen Ermessen. Nur durch die Anrechnung der in diesem Jahr besonders hohen Ausgaben für Geflüchtete im Inland³ erreichte Deutschland 2016 erst- und einmalig das 0,7-Prozent-Ziel. Ohne die Anrechnung dieser Ausgaben lag die ODA-Quote nach Angaben des BMZ im gleichen Jahr bei nur 0,52 Prozent.

Die vorläufigen ODA-Zahlen für 2018⁴ zeigen, dass Deutschland mit einer Quote von 0,61 Prozent (2018) und zuvor 0,67 Prozent (2017) das internationale Ziel verfehlte. Gleichzeitig gibt die Bundesregierung an⁵, die Quote im Jahr 2020 auf dem Niveau des Vorjahres halten zu wollen, also weiterhin unter der Zielmarke von 0,7 Prozent.

Um ihrer Verantwortung in der internationalen Gemeinschaft gerecht zu werden und die Umsetzung der SDG glaubwürdig voranzutreiben, muss die Bundesregierung die ODA-Quote jedoch nicht nur stabilisieren, sondern das 0,7-Prozent-Ziel auch tatsächlich erreichen.

Ziel dieser Analyse ist es, einen Überblick über die Entwicklung der deutschen ODA zu geben. Kapitel 1 zeigt, wie sich die ODA seit 2013 in ausgewählten Bereichen entwickelte. In Kapitel 2 wird berechnet, wie sich die ODA nach den aktuellen Planungen der Bundesregierung entwickeln wird und wie groß die Finanzierungslücke ist, um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen.

1 UN General Assembly, »International Development Strategy for the Second United Nations Development Decade«, 1970, zugegriffen am 25.04.2019, [https://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/2626\(XXV\)](https://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/2626(XXV)), Absatz 43.

2 CDU/CSU und SPD, »Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD«, 2018, zugegriffen am 04.03.2019, https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1, Zeile 7697–7698.

3 Der Anstieg hatte auch damit zu tun, dass die Bundesregierung seit 2016 einen größeren Umfang an Leistungen, die mit Ausgaben für Geflüchtete im Inland verbunden sind, als ODA angibt. Siehe Kasten auf Folgeseite sowie Fußnoten 22 und 32.

4 Die vorläufigen Zahlen sind auf der OECD-Website öffentlich zugänglich: OECD, »Official Development Assistance (ODA)«, zugegriffen am 19.05.2019, <http://www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-standards/official-development-assistance.htm>.

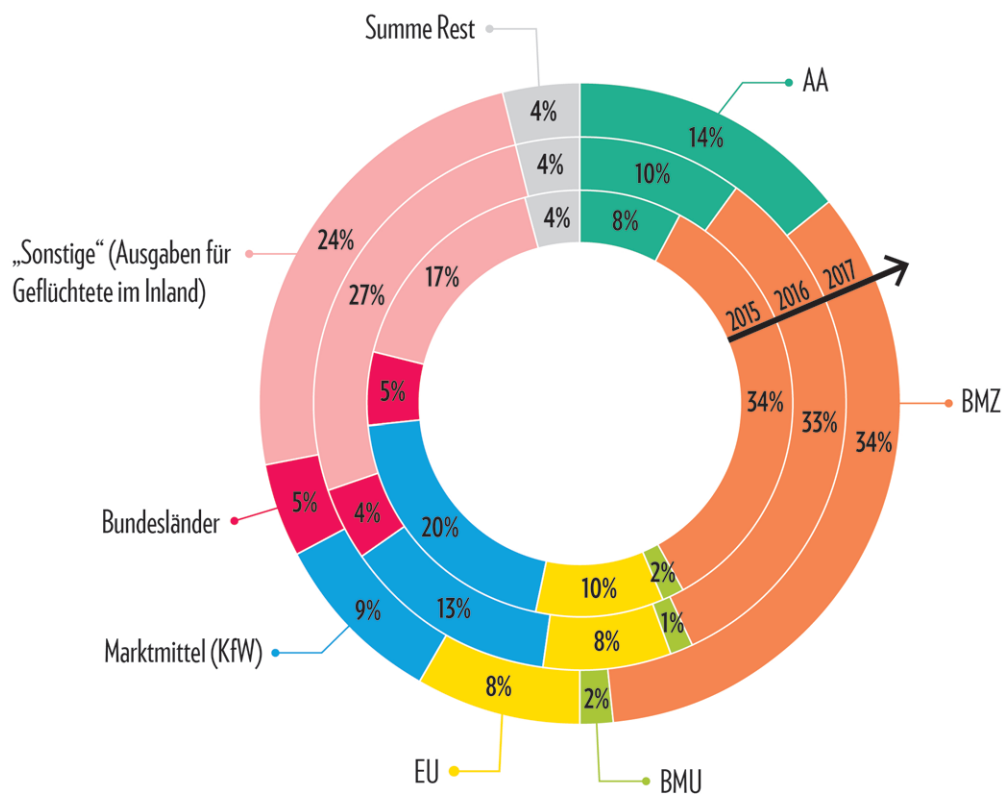
5 Bundesministerium der Finanzen, »Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2020 und zum Finanzplan 2019 bis 2023«, 2019, zugegriffen am 01.04.2019, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2019/03/2017-03-20-pm-eckwertebeschluss-uerbersicht.pdf?__blob=publicationFile&v=3.

Wie setzt sich die deutsche ODA zusammen und wie veränderte sich die Zusammensetzung von 2015 bis 2017?

Den größten Anteil an der deutschen ODA hat mit etwa einem Drittel das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die ODA-Mittel, die am Kapitalmarkt von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aufgenommen werden, machen ebenfalls einen großen Anteil aus. Sie sind jedoch von einem Fünftel im Jahr 2015 auf weniger als ein Zehntel im Jahr 2017 gesunken. Mit seinem Anteil, der 2017 auf knapp ein Sechstel wuchs, trägt das Auswärtige Amt (AA) vor allem durch die Finanzierung von Krisenprävention und Humanitärer Hilfe zur ODA bei. Insbesondere der Bereich zivile Krisenprävention stieg stark an.⁶ Rund acht Prozent der deutschen ODA wird über den EU-Haushalt verausgabt. Auch die Bundesländer tragen zur ODA bei und finanzieren mit einem Anteil

von etwa fünf Prozent vor allem Studienplatzkosten in Deutschland für Studierende aus dem globalen Süden. (2017 machten die Studienplatzkosten etwa 95 Prozent der Beiträge der Bundesländer aus.) Weitere Geldgeber (»Summe Rest«) sind verschiedene Bundesministerien. Unter den Mitteln aus »sonstiger« Herkunft sind die Ausgaben für Geflüchtete im Inland ausgewiesen.⁷ Diese stiegen in den letzten Jahren signifikant an, was einerseits an der vorübergehenden Zunahme von Asylsuchenden seit 2015 lag. Der Anstieg hat andererseits auch damit zu tun, dass die Bundesregierung seit 2016 einen größeren Umfang an Leistungen, die mit Ausgaben für Geflüchtete im Inland verbunden sind, als ODA angibt.

Abbildung 1:
Aufteilung deutscher ODA nach Mittelherkunft (2015–2017)



Quellen: BMZ und Statistisches Bundesamt

6 Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, »Die Struktur der deutschen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit«, 2018, zugriffen am 24.04.2019, https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_15.2018.pdf, Seite 12.

7 Unklar bleibt trotz Nachfrage beim BMZ, wieso hier Ausgaben und Herkunft miteinander vermischt werden. Eine genaue Aufschlüsselung nach Mittelherkunft der ODA-Ausgaben für Geflüchtete im Inland, zum Beispiel die Unterscheidung von Bund und Ländern, gibt es laut Angaben des BMZ nicht.

Entwicklung der deutschen ODA

Die deutschen ODA-Ausgaben verdoppelten sich von 2013 bis 2017. Von den finanziellen Mehrausgaben profitierten jedoch nicht alle Akteur_innen der Entwicklungszusammenarbeit gleichermaßen. So gelang es Deutschland nicht, 0,15 bis 0,2 Prozent des BNE für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) aufzubringen. Auch das Ziel, drei Prozent der gesamten ODA-Ausgaben für entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu leisten, erreichte die Bundesregierung nicht. Besonders auffällig war hingegen der sehr starke Anstieg von ODA-Ausgaben für Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) um mehr als das 14-Fache.

Die Analyse der offiziellen OECD-Daten der Jahre 2013 bis 2017 kommt zu folgenden sechs zentralen Ergebnissen.

1. Die ODA-Ausgaben für Öffentlich-Private Partnerschaften stiegen überproportional stark an.

Um die SDG zu erreichen, setzt die Bundesregierung zunehmend auf privatwirtschaftliche Akteur_innen. Die ODA-Ausgaben an Öffentlich-Private Partnerschaften⁸ stiegen in den letzten Jahren stark an.⁹ Im Jahr 2014 zahlte Deutschland etwa 10,9 Millionen Euro an Öffentlich-Private Partnerschaften, die diese Mittel für entwicklungspolitische Aktivitäten einsetzten. Drei Jahre später stieg der Betrag auf 157,3 Millionen Euro. Der ODA-Anteil verzehnfachte sich seit 2014 so nahezu und betrug 2017 etwa 0,57 Prozent der deutschen ODA-Ausgaben.

Mit dem »Marshallplan mit Afrika« (2017), den Investitionspartnerschaften (»Compact with Africa«) und dem Entwicklungsinvestitionsfonds plant die Bundesregierung auch zukünftig, privatwirtschaftliche Investitionen in afrikanischen Ländern zu fördern.¹⁰ In den nächsten Jahren ist deshalb eine weitere Zunahme der ODA-Ausgaben für Öffentlich-Private Partnerschaften zu erwarten.

8 Das OECD-DAC definiert Öffentlich-Private Partnerschaften als Vereinbarungen zwischen privaten Akteur_innen und Regierungen oder bi- bzw. multilateralen Behörden, die entwicklungspolitische Ziele verfolgen. Für mehr Informationen: OECD-DAC, »Converged Statistical Reporting Directives for the Creditor Reporting System (CRS) and the Annual DAC Questionnaire«, 2018, zugegriffen am 21.04.2019, [https://one.oecd.org/document/DCD/DAC/STAT\(2018\)9/FINAL/en/pdf](https://one.oecd.org/document/DCD/DAC/STAT(2018)9/FINAL/en/pdf), Seite 48.

9 Unter dem Kanal »Öffentlich-Private Partnerschaften« (Channel Code 30000) werden im Creditor Reporting System (CRS) der OECD ODA-Ausgaben an Öffentlich-Private Partnerschaften erfasst, die diese Mittel für entwicklungspolitische Aktivitäten einsetzen. Für die Berechnung des ODA-Anteils dienen die Bruttoauszahlungen in jeweiligen Preisen als Datengrundlage.

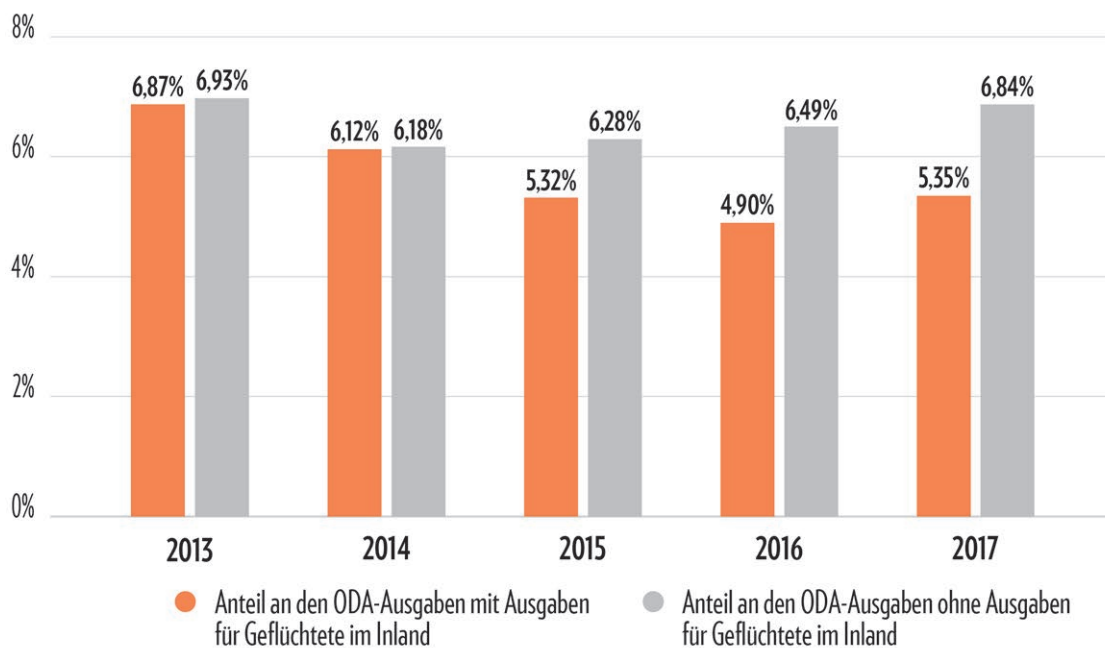
10 BMZ, »Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika«, 2017, zugegriffen am 29.04.2019, http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie310_Afrika_Marshallplan.pdf.

2. Der ODA-Anteil für NRO und Zivilgesellschaft ist leicht gestiegen.

Die Förderung der Zivilgesellschaft ist analog zu den Ausgaben im Bundeshaushalt angestiegen. Die absoluten Förderausgaben, mit der Deutschland zivilgesellschaftliche Organisationen¹¹ (sowohl im Inland als auch im Ausland) unterstützt, stiegen von 1,1 Milliarden Euro (2013) auf 1,5 Milliarden Euro (2017). Damit ist Deutschland einer der

größten Geber für zivilgesellschaftliche Entwicklungszusammenarbeit. Der Anteil der Ausgaben zur Förderung von Zivilgesellschaft an der deutschen ODA (ohne Ausgaben für Geflüchtete) veränderte sich in diesem Zeitraum allerdings nur in der Nachkommastelle – immerhin zuletzt mit steigender Tendenz (siehe Abbildung 2). Im gleichen Zeitraum stieg die Förderung für Öffentlich-Private Partnerschaften um mehr als das Zehnfache.

Abbildung 2:
Deutsche ODA an NRO und die Zivilgesellschaft in den Jahren von 2013 bis 2017
(anteilig an den ODA-Ausgaben mit und ohne Ausgaben für Geflüchtete im Inland)



Unter dem Kanal »NGOs & Zivilgesellschaft« (Channel Code 20000) werden im Creditor Reporting System (CRS) der OECD ODA-Ausgaben an NRO und die Zivilgesellschaft erfasst, die diese Mittel für entwicklungspolitische Aktivitäten einsetzen. Für die Berechnung des ODA-Anteils dienen die Bruttoauszahlungen in jeweiligen Preisen als Datengrundlage.

Quelle: OECD-DAC

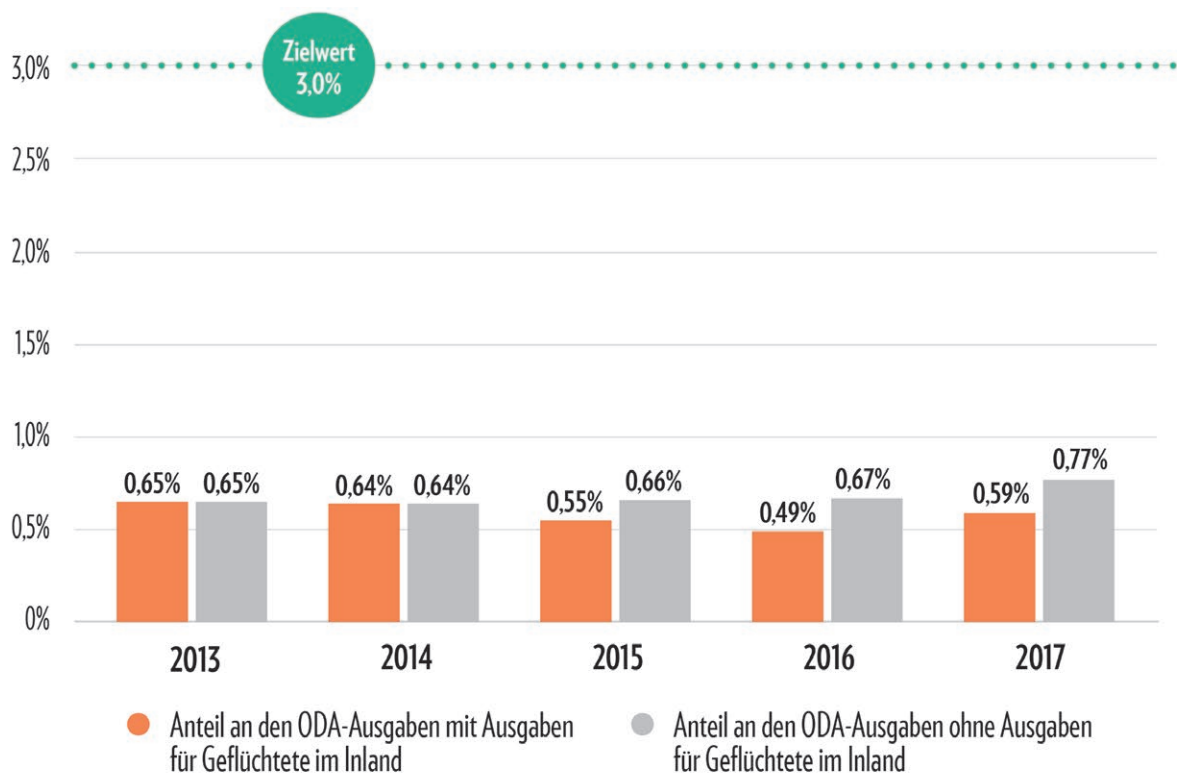
11 Das OECD-DAC definiert NRO als gemeinnützige Organisationen, in denen sich Menschen auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene organisieren, um gemeinsame Ziele und Ideale zu verfolgen, ohne dass eine nennenswerte staatlich kontrollierte Beteiligung oder Vertretung stattfindet. Für mehr Informationen: OECD-DAC, »Converged Statistical Reporting Directives for the Creditor Reporting System (CRS) and the Annual Dac Questionnaire«, 2018, zugegriffen am 21.04.2019, [https://one.oecd.org/document/DCD/DAC/STAT\(2018\)9/FINAL/en/pdf](https://one.oecd.org/document/DCD/DAC/STAT(2018)9/FINAL/en/pdf), Seiten 47–48.

3. Deutschland bleibt bei der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit weit von der Zielmarke entfernt.

Das UN-Entwicklungsprogramm forderte schon 1993, dass die Mitgliedstaaten drei Prozent ihrer ODA-Ausgaben für entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Geberland selbst ausgeben.¹² Im Jahr 2005 bekräftigten die EU-Mitgliedstaat-

ten dieses Ziel auf einer internationalen Konferenz zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit für Nord-Süd-Beziehungen.¹³ Im Jahr 2017 lag der Anteil bei lediglich 0,59 Prozent beziehungsweise bei 0,77 Prozent (nach Herausrechnung der Kosten für Geflüchtete im Inland). Damit bleibt Deutschland weit von der Zielmarke entfernt.

Abbildung 3:
Deutsche ODA für entwicklungspolitische Bildungsarbeit in den Jahren von 2013 bis 2017
(anteilig an den ODA-Ausgaben)



Unter dem Maßnahmentyp »Förderung des Entwicklungsbewusstseins« werden im Creditor Reporting System (CRS) der OECD die ODA-Ausgaben im Geberland erfasst, die das Bewusstsein für Entwicklungszusammenarbeit im Inland fördern. Für die Berechnung des ODA-Anteils dienen die Nettoauszahlungen in jeweiligen Preisen als Datengrundlage.

Quelle: OECD-DAC

12 United Nations Development Programme (UNDP), »Human Development Report 1993«, 1993, zugegriffen am 18.05.2019, http://hdr.undp.org/sites/default/files/reports/222/hdr_1993_en_complete_nostats.pdf, Seite 8.

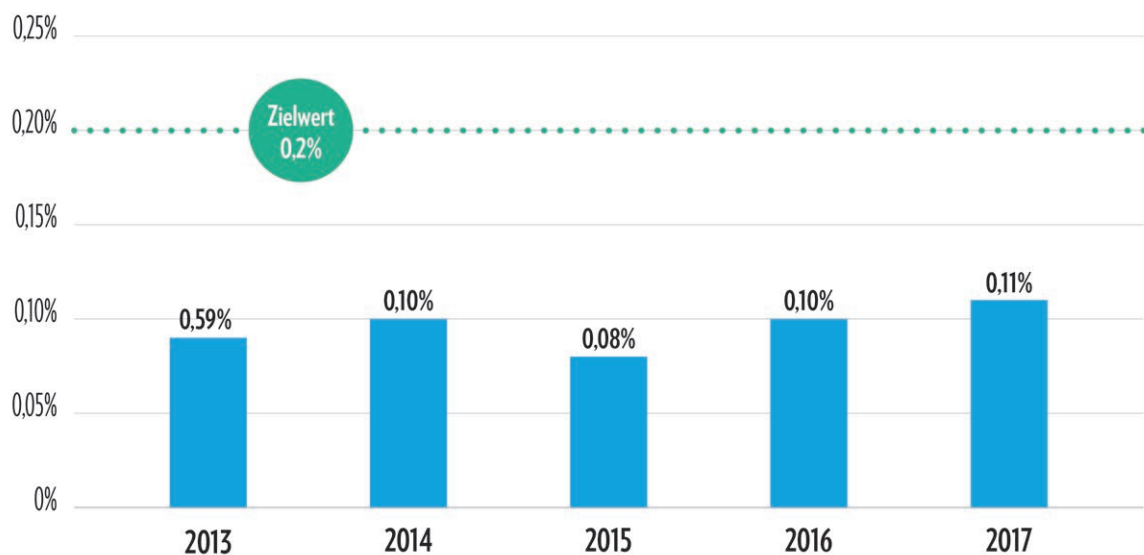
13 Belgian Development Cooperation, »European Conference on Awareness-Raising and Development Education for North-South Solidarity«, 2005, zugegriffen am 18.05.2019, https://gene.eu/wp-content/uploads/Gene_EuropeanPolicyFrameworks-BrusselsConference2005.pdf.

4. Deutschland verfehlt das ODA-Ziel für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC).

Laut der Vereinten Nationen sollen Geberländer ODA-Mittel in Höhe von 0,15 bis 0,2 Prozent des BNE für die LDC aufwenden. Die UN-Mitgliedstaaten bestätigten das seit 1990 bestehende Ziel¹⁴ nochmals 2015 im Rahmen der dritten internationalen Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba sowie in der Agenda 2030.¹⁵

Die Bundesregierung bekennt sich im Koalitionsvertrag zu diesem Ziel, ohne jedoch einen konkreten Zeitplan zu nennen, dieses zu erreichen. Zwar stiegen die ODA-Ausgaben für die LDC von 2,5 Milliarden Euro im Jahr 2013 auf 3,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 an. Auch gemessen an den gesamten ODA-Ausgaben ist ein Aufwärtstrend des Anteils für LDC seit 2015 erkennbar. Im Jahr 2017 betrug dieser jedoch 0,11 Prozent des BNE. Damit verfehlt Deutschland die Zielmarke weiterhin deutlich.

Abbildung 4:
Deutsche ODA an die am wenigsten entwickelten Länder in den Jahren von 2013 bis 2017
(anteilig am BNE)



Quelle: BMZ

14 UN, »Report of the Second United Nations Conference on the Least Developed Countries. Paris, 3–14 September 1990«, 1991, zugegriffen am 16.03.2019, https://www.un.org/en/conf/ldc/pdf/outcome_%20document_second_un_conference_%20ldcs.%20pdf.pdf.

15 UN General Assembly, »Resolution adopted by the General Assembly on 27 July 2015«, 2015, zugegriffen am 10.03.2019, <https://undocs.org/A/RES/69/313>, Absatz 52.

5. Nur noch 39,2 Prozent der deutschen ODA-Ausgaben fördern Geschlechtergerechtigkeit.

Der Policy-Marker »Geschlechtergerechtigkeit« der OECD gibt eine Einschätzung darüber, inwiefern die Entwicklungszusammenarbeit der Geberländer Geschlechtergerechtigkeit fördert und damit zu SDG 5 »Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen« beiträgt.¹⁶ In ihrer jährlichen Berichterstattung an die OECD geben die Geberländer an, ob ihre Projekte und Programme Geschlechtergerechtigkeit als primäres oder sekundäres Ziel verfolgen oder aber gar nicht darauf abzielen.¹⁷

Deutschlands ODA-Ausgaben für Aktivitäten zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit stiegen nach

diesen Angaben von 2013 bis 2017 um knapp 2,5 Milliarden Euro. 2017 gab Deutschland dafür insgesamt mehr als 6,1 Milliarden Euro aus.¹⁸ Der überwiegende Anteil dieser ODA-Mittel (97 Prozent; 5,9 Milliarden Euro in 2017) ging in den letzten Jahren an Aktivitäten, die Geschlechtergerechtigkeit sekundär fördern. Nur knapp 1,1 Prozent (178,6 Millionen Euro) der sektoral aufteilbaren ODA-Mittel¹⁹ flossen 2017 in Projekte und Programme, die Geschlechtergerechtigkeit als primäres Ziel verfolgten.²⁰

Der Anteil an den gesamten ODA-Ausgaben für Vorhaben, die Geschlechtergerechtigkeit fördern, sank gemessen an der sektoral aufteilbaren ODA zwischen 2015 und 2017 kontinuierlich. Vom höchsten Anteil im Jahr 2015 mit 46,5 Prozent fiel er zwei Jahre später auf 39,2 Prozent.

16 Des Weiteren ist eine »geschlechtergerechte Entwicklungsfinanzierung« Bestandteil des übersektoralen Konzepts des BMZ zur Gleichberechtigung der Geschlechter in der Entwicklungspolitik. Für mehr Informationen und Hintergrund des Gender Budgeting und des entsprechenden BMZ-Konzepts: VENRO, »Geschlechtergerechte Mittelverteilung im Entwicklungshaushalt«, 2015, zugegriffen am 18.05.2019, https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Dokumentationen/VENRO_Gender-Budgeting_1.2015.pdf.

17 Die OECD legt folgende Skala für die Berichterstattung zugrunde: »Principal« = Primäres Ziel (Score 2), »Significant« = Sekundäres Ziel (Score 1) und »Not Targeted« (Score 0). Hier wird die Summe der Scores 1 und 2 als Verpflichtungserklärungen in jeweiligen Preisen betrachtet. Für mehr Informationen: OECD, »Handbook on the OECD-DAC Gender Equality Policy Marker«, 2016, zugegriffen am 24.04.2019, <https://www.oecd.org/dac/gender-development/Handbook-OECD-DAC-Gender-Equality-Policy-Marker.pdf>, Seiten 5–6.

18 Der offizielle DAC-Umrechnungskurs dient als Grundlage für die Umrechnung der CRS-Daten und weiterer hier genutzter Daten (von US-Dollar in Euro). Siehe: BMZ, »Offizieller DAC-Umrechnungskurs«, zugegriffen am 10.04.2019, https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/hintergrund/umrechnungskurs/index.html.

19 Die Policy-Marker der OECD betreffen nicht die gesamte bilaterale ODA, sondern die sektoral aufteilbare ODA (engl.: bilateral allocable ODA), die ausgewählte ODA-Ausgaben außen vor halten. Der Ausschluss wird damit begründet, dass die Zielsetzungen der Geberländer bei diesen Kosten nicht nachverfolgbar sind. Für mehr Informationen: OECD, »Handbook on the OECD-DAC Gender Equality Policy Marker«, 2016, zugegriffen am 24.04.2019, <http://www.oecd.org/dac/gender-development/Handbook-OECD-DAC-Gender-Equality-Policy-Marker.pdf>, Seite 8.

20 Link zur OECD-Datengrundlage (in USD), zugegriffen am 27.6.2019, <http://www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-data/gender-related-aid-data.htm>.

Zukunft der deutschen ODA

Im Juni 2019 veröffentlichte das Bundesfinanzministerium den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2020 und den Finanzplan bis 2023. Darin erklärte die Bundesregierung, das Niveau der ODA-Quote 2017 werde auch im Jahr 2020 mindestens erreicht²¹; also 0,51 Prozent ohne Kosten für Geflüchtete im Inland. Die ODA-Quote inklusive dieser Kosten wird deutlich höher ausfallen. In den Jahren 2016 und 2017 betrug der Anteil der Ausgaben für Geflüchtete im Inland etwa ein Viertel der gesamten deutschen ODA. Nur so erreichte Deutschland 2016 erst- und einmalig das 0,7-Prozent-Ziel.²² Die ODA mit und ohne diese Ausgaben zu betrachten, ermöglicht ein angemesseneres Bild, welche Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe eingesetzt werden.

Aber auch unter Berücksichtigung der Ausgaben für Geflüchtete im Inland bleibt unklar, wie Deutschland das ODA-Ziel erreichen will. VENRO und das BMZ äußerten starke Kritik an der mittelfristigen Finanzplanung für die

Jahre 2020 bis 2023.²³ Da die Bundesregierung weder eine konkrete Strategie, noch einen Zeitplan zur Erreichung des Ziels vorlegte, das Bundesfinanzministerium in seiner Planung jedoch Kürzungen des BMZ-Etats ab 2021 und des AA-Etats ab 2020 plant, ist davon auszugehen, dass Deutschland das 0,7-Prozent-Ziel nicht erreichen wird.

Die Berechnungen für die Analyse der zukünftigen deutschen ODA bis zum Ende der Legislaturperiode 2021 basieren auf diesen angekündigten Haushaltskürzungen, auf der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2023 sowie auf der Prognose für das deutsche Wirtschaftswachstum des Internationalen Währungsfonds (IWF) von Juli 2019.²⁴ Der Berechnung liegen außerdem einige Annahmen zugrunde, die im Methodenteil der Analyse (siehe Kasten Seite 11) erläutert werden.

Die Analyse liefert drei zentrale Ergebnisse.

21 Bundesministerium der Finanzen, »Haushaltsaufstellung 2020 und Finanzplan des Bundes bis 2023«, 2019, zugegriffen am 09.08.2019, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_II/19_Legislaturperiode/2019-06-26-Haushaltsgesetz-2020/2-Regierungsentwurf.pdf?__blob=publicationFile&v=2, Seite 5.

22 Die Unterstützung für Geflüchtete im Inland ist unter bestimmten Umständen als ODA anrechenbar. Dies gilt zum Beispiel für Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern und weitere Aufwendungen für Geflüchtete innerhalb des ersten Jahres, nicht jedoch für Kosten im Zusammenhang mit Integration. Die Ausgaben auch tatsächlich anzurechnen, liegt im Ermessen der OECD-DAC-Mitgliedstaaten. Mehr Informationen unter: BMZ, Leitfaden »Was ist Official Development Assistance (ODA)?«, zugegriffen am 22.04.2019, https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/hintergrund/leitfaden/index.html.

23 Unter anderem berichtet darüber: Deutsche Welle, »Rufe nach mehr Investitionen gegen Armut«, 2019, zugegriffen am 22.04.2019, <https://www.dw.com/de/rufe-nach-mehr-investitionen-gegen-armut/a-47957182>.

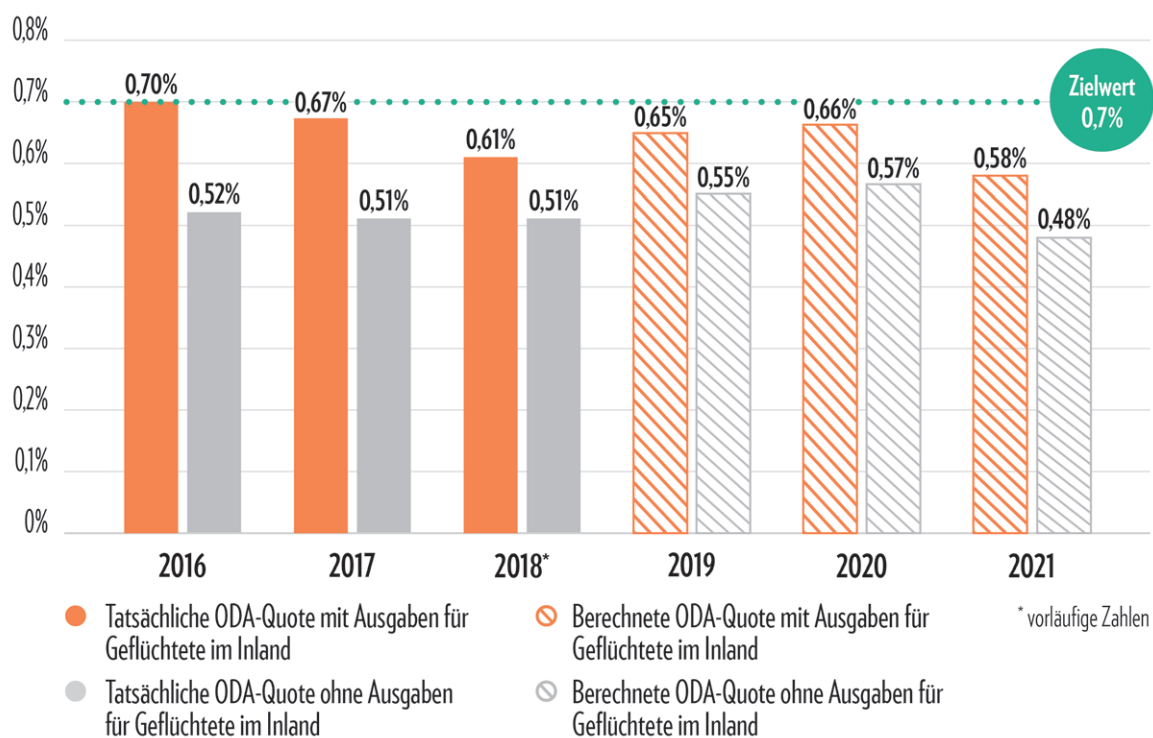
24 IMF, »Germany: 2019 Article IV Consultation-Press Release; Staff Report; and Statement by the Executive Director for Germany«, Country Report No. 19/213, 2019, zugegriffen am 09.08.2019, <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2019/07/09/Germany-2019-Article-IV-Consultation-Press-Release-Staff-Report-and-Statement-by-the-47093>, Seite 42.

1. Wenn die Bundesregierung nicht handelt, werden die deutschen ODA-Ausgaben bis zum Ende der Legislaturperiode deutlich sinken. Die ODA-Quote fiel im Jahr 2021 auf 0,58 Prozent.

Die ODA-Quote steigt durch den kurzfristig gestiegenen BMZ-Haushalt für 2019²⁵ zunächst von 0,61 Prozent (2018) auf 0,65 Prozent (2019) mit Ausgaben für Geflüchtete im Inland. Dieser Trend setzt sich in den Folgejahren jedoch nicht fort. Die Berechnungen zeigen, dass bereits 2020 so-

wohl die ODA-Ausgaben als auch die ODA-Quote sinken werden. Zum Ende der Legislaturperiode fallen die ODA-Ausgaben um fast zwei Milliarden Euro auf 20,8 Milliarden Euro (2021). Entgegen der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag und der Ankündigungen im Eckwertebeschluss, beträgt die ODA-Quote nur noch 0,58 Prozent (2021). Ohne die Anrechnung der Ausgaben für Geflüchtete im Inland²⁶ ist die Quote noch weiter vom 0,7-Prozent-Ziel entfernt. Dabei steigt sie 2019 zunächst auf 0,55 Prozent, sinkt jedoch 2021 auf 0,48 Prozent.

Abbildung 5:
Tatsächliche bzw. berechnete Abweichungen der ODA-Quoten vom Zielwert (2016–2021)



25 Im November 2018 erklärte der Haushaltsausschuss des Bundestages, dass der BMZ-Haushalt 2019 statt der geplanten 9,4 Milliarden Euro erstmalig auf über 10 Milliarden Euro (10,3 Milliarden) wächst. Siehe: BMZ, »Minister Müller: Haushalt 2019 stärkt Entwicklungspolitik«, 2018, zugegriffen am 24.04.2019, https://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2018/november/181109_Minister-Mueller-Haushalt-2019-staerkt-Entwicklungspolitik-Koalitionsvertrag-wird-umgesetzt/index.html.

26 Derzeit ist nicht abzusehen, inwiefern sich die Zahlen der ankommenden Geflüchteten und damit verbundene Ausgaben verändern; es gibt keine sicheren Angaben, die einen starken Anstieg oder eine Senkung der Ausgaben vermuten lassen. Sollten sie erneut auf über 5,84 Milliarden Euro, den Höchststand von 2016, steigen und sollten diese als ODA angerechnet werden, würde Deutschland das 0,7-Prozent-Ziel wie schon 2016 in den nächsten Jahren knapp erreichen.

Berechnungsmethode und Annahmen

Die Berechnungen für die Analyse der zukünftigen deutschen ODA bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2021 basieren auf der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2023 sowie auf der Prognose für das deutsche Wirtschaftswachstum des IWF von Juli 2019²⁷. Als Ausgangspunkt dienen die vorläufigen OECD-Daten²⁸ zu den deutschen ODA-Ausgaben für das Jahr 2018 nach der »Zuschussäquivalent-Methode«.²⁹ Es gelten außerdem folgende Annahmen:

- Der ODA-anrechenbare Anteil an den gesamten Ausgaben von BMZ und AA bleibt konstant auf dem jeweiligen Mittelwert der Jahre 2015 bis 2017. Dies sind 90,7 Prozent des BMZ-Haushalts und 47,4 Prozent des AA-Haushalts. Diese Anteile werden von den Angaben im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2020 und den Finanzplan bis 2023 zu den jeweiligen Haushalten errechnet. Eine Ausnahme bildet hier der ODA-anrechenbare Anteil des AA von 2020, da aus dem Haushaltsentwurf klar hervorgeht, dass ein Beitrag von 3,2 Milliarden Euro zur ODA angestrebt wird.
- Die ODA-anrechenbaren Anteile von BMZ und AA werden addiert und es wird angenommen, dass ihr Anteil an der deutschen ODA ohne Ausgaben für Geflüchtete im Inland unverändert bleibt wie 2018 (62,9 Prozent). Da es sich um die beiden Ministerien mit dem größten Beitrag zu Deutschlands ODA handelt und sie selbst keine Ausgaben für Geflüchtete im Inland tätigen, kommt eine Berechnung anhand dieser Ausgaben (Berechnung des Grundwerts (100%) auf Basis dieses Prozentwerts (62,9%)) den tatsächlichen ODA-Ausgaben nahe.
- Die Ausgaben für Geflüchtete im Inland bleiben auch in den Folgejahren auf dem Niveau von 2018.³⁰
- Die reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) lässt sich auf das BNE übertragen. Beide Raten sind seit mehreren Jahren fast identisch.³¹

27 IMF, »Germany: 2019 Article IV Consultation-Press Release; Staff Report; and Statement by the Executive Director for Germany«, Country Report No. 19/213, 2019, zugegriffen am 09.08.2019, <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2019/07/09/Germany-2019-Article-IV-Consultation-Press-Release-Staff-Report-and-Statement-by-the-47093>, Seite 42.

28 Die OECD veröffentlichte im April 2019 die vorläufigen ODA-Ausgaben der DAC-Länder. Die endgültigen Zahlen für 2018 erscheinen Ende 2019. Siehe: OECD, »Development aid drops in 2018, especially to neediest countries«, 2019, zugegriffen am 10.04.2019, <http://www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-data/ODA-2018-detailed-summary.pdf>.

29 Seit 2019 ist diese Berechnungsmethode der neue Standard. Dies beschlossen die OECD-DAC-Mitgliedstaaten im Oktober 2017 während der High-Level-Konferenz zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Annex II). Siehe: OECD-DAC, »DAC High Level Communiqué: 31 October 2017«, 2017, zugegriffen am 22.04.2019, <http://www.oecd.org/dac/DAC-HLM-2017-Communique.pdf>. Für einen jahresübergreifenden Vergleich und Transparenz veröffentlicht die OECD weiterhin die nach der alten »Cash Flow«-Methode berechneten Ausgaben. Für mehr Informationen: OECD, »Development aid drops in 2018, especially to neediest countries«, 2019, zugegriffen am 22.04.2019, <http://www.oecd.org/development/development-aid-drops-in-2018-especially-to-neediest-countries.htm>.

30 Nach der Berechnung der deutschen ODA ohne Ausgaben für Geflüchtete im Inland werden diese angenommenen konstanten Ausgaben im nächsten Rechenschritt addiert. Änderungen durch den Zeitwert von Geld sind hier nicht berücksichtigt.

31 Statistisches Bundesamt, »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsproduktberechnung, Vierteljahresergebnisse«, 2018, Fachserie 18, Reihe 1.2, 4. Vj., 2018, zugegriffen am 20.04.2019, https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Inlandsprodukt/inlandsprodukt-vierteljahr-pdf-2180120.pdf?__blob=publicationFile&v=7, Seite 5.

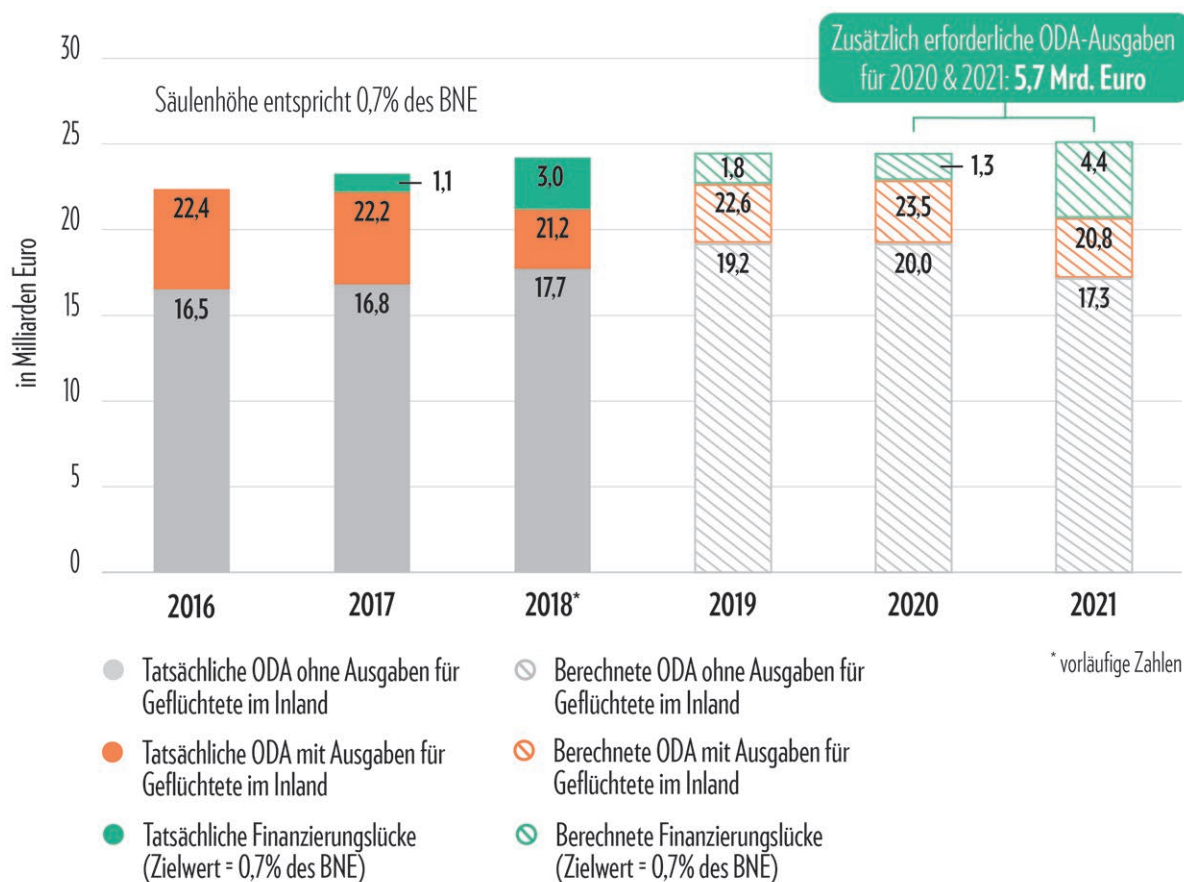
2. Die Bundesregierung müsste 2020 mindestens 24,8 Milliarden Euro und 2021 mindestens 25,2 Milliarden Euro ODA-Mittel bereitstellen, um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen.

Der IWF prognostiziert für 2019 ein Wirtschaftswachstum von 0,7 Prozent und in den Folgejahren 1,3 (2020) und 1,5 Prozent (2021). Um das 0,7-Prozent-Ziel jedes Jahr bis zum Ende der Legislaturperiode zu erreichen, müsste die deutsche ODA 2020 bei mindestens 24,8 Milliarden Euro und 2021 bei mindestens 25,2 Milliarden Euro liegen.

3. Nach derzeitiger Planung fehlen in den Jahren 2020 und 2021 für die Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels insgesamt 5,7 Milliarden Euro – ohne die Ausgaben für Geflüchtete im Inland sogar 12,6 Milliarden Euro.

Nach den Berechnungen beträgt die ODA-Lücke 2019 knapp 1,8 Milliarden Euro. Durch die geplanten Kürzungen der Haushalte von BMZ und AA in den kommenden Jahren vergrößert sich die Lücke bis zum Ende der Legislaturperiode. Nach den Berechnungen beträgt die Finanzierungslücke zum Erreichen des 0,7-Prozent-Ziels im Jahr 2020 knapp 1,3 Milliarden Euro. Im Jahr 2021 ist mit mehr als einer Verdreifachung der ODA-Lücke auf knapp 4,4 Milliarden Euro zu rechnen (siehe Abbildung 6).

Abbildung 6:
Finanzierungslücke der deutschen ODA bis 2021



Ohne die Anrechnung der Ausgaben für Geflüchtete im Inland³² wäre die Finanzierungslücke mit gut 4,7 Milliarden Euro in 2020 und gut 7,8 Milliarden Euro in 2021 noch größer. Die Inlandskosten für Geflüchtete machten 2016 und 2017 jeweils in etwa ein Viertel der deutschen ODA aus, was sich in den vergleichsweise hohen ODA-Quoten widerspiegelte. Im letzten Jahr betrug der Anteil nur noch 15,7 Prozent.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bruttonationaleinkommen
CRS	Creditor Reporting System/ Gläubigerberichtssystem der OECD für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)
DAC	Development Assistance Committee/ Entwicklungsausschuss der OECD
EU	Europäische Union
IWF	Internationaler Währungsfonds
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LDC	Least Developed Countries/ am wenigsten entwickelte Länder
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance/ Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development/ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OECD-DAC	Entwicklungsausschuss der OECD
ÖPP	Öffentlich-Private Partnerschaften
SDG	Sustainable Development Goals/ Ziele für nachhaltige Entwicklung (der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung)
UN	United Nations/ Vereinte Nationen
VENRO	Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

32 In der VENRO-Studie von 2017 zur Entwicklung der deutschen ODA ist ausführlich erklärt, welche Ausgaben für Geflüchtete im Inland anrechenbar sind, und es werden VENROs Argumente erörtert, wieso das 0,7-Prozent-Ziel ohne diese Kosten angestrebt werden sollte. Siehe: VENRO, »Die Entwicklung der deutschen ODA bis 2020: Was muss die Bundesregierung tun, um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen?«, 2017, zugegriffen am 22.04.2019, https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/VENRO-Dokumente/Studie_ODA_2017_final2_DIGITAL.pdf.

VENRO-Mitglieder

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Aktion Canchanabury
- AMICA e.V.
- ANDHERI-HILFE e.V.
- Apotheker helfen e.V.
- Apotheker ohne Grenzen e.V.
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
- Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
- arche noVa
- Ärzte der Welt
- ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
- AT-Verband
- AWO International
- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
- BONO-Direkthilfe
- BORDA e.V.
- Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe
- CARE Deutschland e.V.
- Caritas International
- Casa Alianza – Kinderhilfe Guatemala
- CHANGE e.V.
- ChildFund Deutschland
- Christliche Initiative Romero
- Christoffel-Blindenmission Deutschland
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
- Das Hunger Projekt
- DED-Freundeskreis
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax
- Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHV)
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge Deutsch-Syrischer Verein e.V. (DSV)
- DGB-Bildungswerk BUND – Nord-Süd-Netz
- Difäm – Deutsches Institut für Ärztliche Mission
- Don Bosco Mondo
- DVV International – Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes
- Eine Welt Netz NRW
- EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- EMA – Euro-Mediterranean Association for Cooperation and Development
- EPIZ – Entwicklungspolitisches Bildungszentrum Berlin
- Erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung
- Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)
- Fairventures Worldwide
- FIAN Deutschland
- Forum Fairer Handel
- FUTURO SÍ
- Gemeinschaft Sant’ Egidio
- German Doctors
- German Toilet Organisation
- Germanwatch
- Habitat for Humanity Deutschland
- Handicap International
- Help – Hilfe zur Selbsthilfe
- HelpAge Deutschland
- Hilfe für Afrika e.V.*
- Hilfswerk der Deutschen Lions
- Hoffnungszeichen / Sign of Hope
- humedica
- Indienhilfe
- INKOTA-netzwerk
- Internationaler Bund (IB)
- Internationaler Hilfsfonds
- International Justice Mission Deutschland
- Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
- Islamic Relief Deutschland
- JAM Deutschland
- Jambo Bukoba
- Johanniter-Auslandshilfe
- KAIROS Europa
- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
- Kinderhilfswerk Stiftung Global-Care*
- Kindernothilfe
- Kinderrechte Afrika
- KOLPING International Cooperation e.V.
- Lateinamerika-Zentrum
- Lesben- und Schwulenverband (LSVD)*
- Lichtbrücke
- Malteser International
- Marie-Schlei-Verein
- marrera – Stiftung Frau und Gesundheit
- medica mondiale
- medico international
- MISEREOR
- Mission East Deutschland e.V.*
- Missionsärztliches Institut Würzburg
- NETZ Bangladesch
- Neupostolische Kirche-karitativ e.V.
- nph Kinderhilfe Lateinamerika e.V.*
- Ökumenische Initiative Eine Welt
- OIKOS EINE WELT
- Opportunity International Deutschland
- Ora International Deutschland
- OroVerde – Die Tropenwaldstiftung
- Oxfam Deutschland
- Plan International Deutschland
- Rhein-Donau-Stiftung
- SALEM International
- Samhathi – Hilfe für Indien
- Save the Children Deutschland
- Senegalhilfe-Verein
- Senior Experten Service (SES)
- Society for International Development Chapter Bonn (SID)
- SODI – Solidaritätsdienst International
- SOS-Kinderdörfer weltweit*
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- Stiftung Kinderzukunft
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Susila Dharma – Soziale Dienste
- Terra Tech Förderprojekte
- TERRE DES FEMMES
- terre des hommes Deutschland
- Tierärzte ohne Grenzen
- TransFair
- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
- Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)
- W. P. Schmitz-Stiftung
- WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
- Weltfriedensdienst
- Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee
- Welthaus Bielefeld
- Welthungerhilfe
- Weltladen-Dachverband
- Weltnotwerk der KAB Deutschlands
- Werkhof Darmstadt
- Werkstatt Ökonomie
- World University Service
- World Vision Deutschland
- Zukunftsstiftung Entwicklung bei der GLS Treuhand

* Gastmitglied

VENRO hat aktuell 138 Mitglieder
(Stand: August 2019)

Herausgeber:

**Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)**

Stresemannstr. 72
10963 Berlin

Telefon: 030/2 63 92 99-10

Fax: 030/2 63 92 99-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Die Analyse sowie die ihr zugrundeliegenden Berechnungen wurden von Melissa Li und Marie Wagner vom Global Public Policy Institute (GPPi) im Auftrag von VENRO erstellt.



Für den Inhalt sind allein die Herausgeber verantwortlich.

Redaktion: Lukas Goltermann, Susanne Meltl

Bildnachweis: Billion Photos/Shutterstock.com (Titel), Katharina Nachbar/GPPi (S. 3, 5–7, 10, 12)

Layout: just in print

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Berlin, September 2019

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nicht-regierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell rund 140 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und der humanitären Hilfe
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen

**VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen**

www.venro.org